

Bezugspreis: Für den Monat Oktober 1922... Preis für den Rest des Monats...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 13. Oktober 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Gegen die Politik der Abenteuer!

Für deutsch-französische Annäherung.

Aus der gestrigen Debatte in der französischen Kammer, über die wir in der Morgenausgabe berichteten, seien, nach einem B.T.B.-Bericht, noch folgende Einzelheiten wiedergegeben:

Der Abgeordnete Margaine bespricht die Wirtschaftslage Deutschlands und die Haltung der Alliierten in den letzten Monaten, um schließlich zu einer Prüfung der Lage im nahen Osten überzugehen.

„Weigerung Deutschlands, zu zahlen“

und die Niederlage der Griechen in Kleinasien. Beide Ereignisse hätten eine Diskussion zwischen Frankreich und seinen Alliierten hervorgerufen.

Hierauf erregt als zweiter Interpellant der Abgeordnete Faure das Wort. Er bedauert, daß er einen Mißton in das Konzert der Belobigungen werfen müsse, die den Erfolg der Politik des Ministerpräsidenten in der Orientfrage begründet hätten.

Der sozialistische Abgeordnete Baranne bemerkt, hinsichtlich der deutschen Schuld habe Poincaré der Mehrheit der Kammer zu verstehen gegeben, daß die

Zahlungsfähigkeit Deutschlands begrenzt

sei. Das hätte man aber schon vor sechs Monaten sagen müssen. Der Abgeordnete Faure fährt fort: Das einzige Mittel, zu einer Regelung der Reparationsfrage zu gelangen, sei zu suchen in einer vernünftigen Herabsetzung der deutschen Schuld.

Die Reichspräsidentenwahl.

Verklebungsoversuche. — Kandidatur Hindenburgs?

Der Reichsminister des Innern hat an den Reichstagspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er den 3. Dezember als Tag der Reichspräsidentenwahl vorschlägt und ersucht, eine Entscheidung des Reichstags darüber herbeizuführen.

Das offizielle Organ der Volkspartei kündigt weiter an, daß die Frage der Wahl innerhalb der Arbeitsgemeinschaft der Mitte besprochen werden würde, und es bedauert, daß Petz und der demokratische Parteitag sich auf die Wiederwahl Eberts festgelegt hätten.

Die „Boss. Ztg.“ will wissen, daß sich die deutschnationale Parteileitung an Hindenburg gewandt und daß dieser sich bereit erklärt habe, eine Kandidatur anzunehmen.

ordneter Faure sagt: Können wir durch etwas anderes als durch Anleihen etwas erzielen? Ich verlange, daß der Ministerpräsident mir hierauf sofort antwortet. — Poincaré erwidert: Ich werde das Wort ergreifen, wenn es mir gefällt. — Faure betont, daß es notwendig sei, die

wirtschaftliche Erhebung Deutschlands zu begünstigen,

um die Zahlungen an Frankreich sicherzustellen und um den Frieden in Europa zu fördern.

Er wird wiederum von Léon Daudet unterbrochen, der sagt, mit dem Reichtum werde Deutschland auch sein Heer wiederherstellen. Faure entgegnet: Nein, was die Stärke Deutschlands ausmacht, das ist

nicht sein Geld, sondern die Macht der Arbeit seiner Arbeiter.

Es wäre ein Verbrechen, für das es keine Sühne gäbe, wenn man nicht dem Frieden Opfer an Geld und Eigenliebe bringen würde. Um den endgültigen Frieden sicherzustellen, müsse man eine Politik der Ausgleichung mit England und der

Annäherung an Deutschland

wollen. — Daudet ruft dazwischen: Das ist absolut utopisch! — Faure fährt fort, Poincaré habe anscheinend sagen wollen, daß Clemenceau, Millerand und Briand England nicht haben die Spitze bieten können, und daß er ihnen zeigen werde, wie man zu verhandeln habe.

Es kommt hierauf zu einer dramatischen Szene, da Abg. Faure Poincaré fragt, ob er nicht befürchte, als der Kapellmeister einer Presse angelehnt zu werden, die gegen fremde alliierte Regierungen in der bestmöglichen Weise vorgehe.

Faure erklärte im weiteren Verlauf seiner Rede: es sei gefährlich, wenn man sich nicht Deutschland annäherte! Abg. Daudet behauptete, man würde sich in diesem Falle der Gefahr aussetzen, den Krieg herbeizuführen.

Eine große Störung im Lande sei gegen jede Politik der Abenteuer gerichtet. Das ganze Land werde sich erheben und dem Staatsmanne Befehl erteilen, der die Politik der Klugheit, der Mäßigung und der Toleranz in die Praxis umsetze.

Hierauf interpellierte der sozialistische Abg. Robert über den Achtstundentag. Als ehemaliger Gewerkschaftssekretär der Eisenbahner besprach er das Dekret des Ministers für öffentliche Arbeiten über die neue Regelung der Arbeitszeit für die Eisenbahnangestellten.

Nach seiner Rede, die schließlich zu einer Zwischenfrage mit dem Minister wurde, der sein Dekret über den Achtstundentag verteidigte, wurde die weitere Debatte auf morgen, Freitag, vertagt.

Dem Orientfrieden entgegen.

Das Abkommen von Rudania war zuerst von den griechischen Vertretern nicht unterzeichnet worden, weil diese ihre Anweisungen aus Athen nicht rechtzeitig erhalten hatten.

Reuter meldet aus Konstantinopel eine neue Verlehnung der neutralen Zone durch 4000 Kemalisten bei Ismid. Da dies schon der sechste oder siebente Zwischenfall dieser Art in den letzten Tagen ist, und da bisher alle englischerseits gemeldeten ähnlichen Verlehnungen sich nachträglich als harmlos herausgestellt haben, ist wohl auch diesmal der Angelegenheit keinerlei Bedeutung beizumessen.

Benizelos, der sich in London aufhält, hat bisher Lloyd George nicht erreichen können, da dieser ihn offenbar meidet. Gestern sprach er im Britischen Auswärtigen Amt vor. Man nimmt an, daß er Griechenlands Vertreter auf der Friedenskonferenz sein wird.

Die Schweiz bleibt im Völkerbund. Der Bericht des Bundesrates über die dritte Völkerbundsoberversammlung wurde im Nationalrat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten genehmigt.

Oesterreichs Entscheidung.

Die gestrige Debatte im österreichischen Nationalrat, über deren Beginn und Ergebnis in der heutigen Morgenausgabe berichtet wird, bedeutet in der Geschichte des jungen österreichischen Staatswesens einen Wendepunkt.

Um diese Anleihe zu erhalten, verpfändet Oesterreich seine Zölle und sein Tabakmonopol und wird unter die Kontrolle eines Generalkommissars des Völkerbundes gestellt. Es muß sich nochmals auf seine „Selbständigkeit“ verpflichten, d. h. einen Verzicht auf den Anschluß an Deutschland aussprechen.

Das ist im wesentlichen der Inhalt der Abmachungen, für die Herr Seipel gestern von den Christlichsozialen und den gänzlich umgewandelten Großdeutschen als Vetter des Vaterlandes gefeiert wurde.

Als erster Redner erinnerte Abgeordneter Renner (Soz.) an die Unterzeichnung des Vertrages von St. Germain. Damals habe man unter unwiderstehlichem Zwang gehandelt.

Respektierung der Grenzen durch die unterzeichneten Staaten handele, und weil zweitens der Völkerbund in seiner gegenwärtigen Gestalt, welcher beinahe eine lateinische Union geworden sei, in den Fragen des Saargebiets und Oberösterreichs nicht bewiesen habe, daß er eine Beugung des floren Rechts verhindern könne.

Minister des Außern Grünberger stellte fest, daß die drei Protokolle ein Ganzes bildeten und daher auch gleiche Geltungsdauer hätten. Das Parlament könne bei Annahme der Protokolle nochmals die ausdrückliche Feststellung verlangen, daß die politischen Bestimmungen des Protokolls 1 nicht länger in Wirksamkeit sein würden als die der anderen Protokolle.

Abg. Hausner (Christlich-Sozial) meinte, in einer solchen Schicksalsstunde sei es mit einem dreimaligen Nein nicht getan. Die Mehrheit habe nicht den Mut, die Kredite, die nach langem Zögern endlich zu erhoffen seien, zurückzuweisen.

Abg. Dinghofer (Großdeutsch) erklärte, der beste Weg, der des Anschlusses, sei durch die machtpolitischen Verhältnisse vorläufig gesperrt, jener der Selbsthilfe ungängbar, also bleibe nur der der Kredithilfe.

tolosse anzunehmen, da durch die Kreditgewährung Oesterreich in die Lage komme, selbständig bis zu dem Tag zu bestehen, wo der Anschlag endlich möglich sein werde.

Abg. Seif (Soz.) vermisst auf das Selbsthilfeprogramm der Sozialdemokraten, zu dessen Durchführung sie bereit seien, an einer Konföderation der Parteien mitzuwirken. Die Genfer Konvention bedeute einen Verrat der österreichischen Interessen.

Nachdem noch einige andere Redner gesprochen hatten, erfolgte die Abstimmung, die das schon gemeldete Ergebnis brachte. Morgen tritt in Wien ein sozialdemokratischer Parteitag zusammen, der zu diesen neuesten schwerwiegenden Ereignissen Stellung nehmen wird.

Was sich in Oesterreich vollzieht, hat nach drei Richtungen große Bedeutung. Es bedeutet eine Niederlage des Anschlaggedankens, eine moralische Stärkung des Völkerbundes und für Deutschland eine sichtbare Warnung. Mit einem gewissen Fatalismus ist oft gesagt worden, daß wir „österreichischen Zuständen“ entgegengehen. Die Genfer Protokolle und die Wiener Verhandlungen zeigen uns, was das heißt. Die österreichischen Sozialdemokraten forderten Selbsthilfe im Interesse der nationalen Selbstbehauptung, das ist genau dasjenige, was die deutschen Sozialdemokraten in Deutschland fordern. In Oesterreich ist es zu spät, in Deutschland noch nicht. — Aber, wie lange haben wir noch Zeit?

Maßnahmen gegen Stubenrauch.

Zu dem Fall des Primars Stubenrauch vom Realgymnasium in Steglitz wird dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst mitgeteilt, daß dem am 19. August aus der Untersuchungshaft entlassenen und am 11. September außer Verfolgung gesetzten Stubenrauch im Anschluß an die Herbstferien durch den Provinzialschulrat Michalek schriftlich eröffnet wurde, daß er der Schule fern zu bleiben habe, bis seine Angelegenheit vor Gericht entschieden worden ist. Stubenrauch ist seitdem auch nicht mehr in die Schule gegangen. Auf Grund der Ergebnisse des Leipziger Prozesses werden die Schulbehörden unverzüglich mit dem entsprechenden Nachdruck die gebotenen Schritte im Fall Stubenrauch unternehmen.

Diese aus dem preussischen Kultusministerium stammende Mitteilung gibt also zu, daß Stubenrauch erst im Anschluß an die Herbstferien vorläufig von der Schule entfernt wurde; sie besagt nicht, daß er seit dem 19. August, an welchem Tage er aus der Untersuchungshaft kam, bis zu den Herbstferien, die Schule nicht mehr besucht habe.

Das Reichsschulgesetz.

Der Bildungsausschuß des Reichstags hat seine Beratungen des Entwurfs zum Artikel 146,2 (Reichsschulgesetzentwurf) wieder aufgenommen. — Ministerialrat von Jahn gibt zu § 5 Erklärungen über den Begriff „Gemeinden“, die nicht als politische Gemeinden, sondern als Schulverbände, die zur Errichtung und Erhaltung der öffentlichen Volksschulen verpflichtet sind, verstanden werden müssen. Er ist der Meinung, daß je nach den Ergebnissen der Abstimmung über Gemeindefreie, weltliche oder Konfessionsschulen eventuell neue Schulverbände gegründet werden müßten. Hensel (Deutschnational) will im § 5 das Wort „öffentlich“ vor Volksschulen streichen, er verlangt außerdem eine Verpflichtung des Reichs, Schulverbände zur Errichtung und Erhaltung von öffentlichen Volksschulen nach Artikel 146,2 und von privaten Volksschulen nach Artikel 147,2 der Reichsverfassung zu fördern. Böhmlein (Soz.) verlangt Auskunft über die Unterhaltungsspflicht der Schulverbände, die aus dem Artikel 146 folgen, er sieht in den neu zu bildenden Schulverbänden erhebliche Schwierigkeiten. Die Anträge der Deutschnationalen lehnt er ab, da das ganze Gesetz nur von öffentlichen Volksschulen handelt. Förderung besonderer Schulverbände für Einrichtung der Schulen nach Artikel 146,2 ist überflüssig; die Förderung von privaten Volksschulen ist verfassungswidrig, da nach Artikel 147,2 private Volksschulen nur ganz ausnahmsweise errichtet werden dürfen, wenn nämlich Kinderarbeiten für eine öffentliche Bekanntheit oder bekanntheitlose Schule nicht die ausreichende Anzahl von Antragstellern aufbringen können, oder wenn ein besonderes pädagogisches Interesse vorliegt. Beuermann (Volkspartei) will zwar Privatschulen unterstützen, doch will

Ein Fund.

Von Paul Padan.

Am frühen Vormittag stand ich in einer stillen Straße am Tiergarten und wartete auf die Straßenbahn.

Vorher hatte ich vorsichtigerweise mein Portemonnaie um Rat befragt, ob ich die teure Reise auch wagen könne.

Ich war froh, daß meine Rechnung stimmte, und ich freute mich auf die gewiß nicht mehr fern liegenden Zeiten, in denen eine Fahrt mit der Straßenbahn 150 M. kosten wird.

Denn dann wird erst so recht vor Antritt jeder Fahrt ein großes Raten und Rechnen beginnen, das so angenehm ablenkt und zerstreut; und ich bin überzeugt, daß die häufigen Preiserhöhungen nur im Interesse des Publikums geschehen, das heute ohne alle Anregungen und Reize dahinsinken muß.

Witten in diesen heiteren Gedanken bemerkte ich ein schwarzes Etwas auf der Straße, nicht weit von der Haltestelle.

Bei dem trüben Wetter dieses Tages wäre es mir nicht aufgefallen, wenn nicht ein plötzlicher Wind die Wolken vom Himmel gewischt hätte, so daß das kleine Ding nun im hellen Licht lag.

Ich hob es auf und erkannte, daß es ein Notizbuch war, in schwarzes, schweres Saffianleder gebunden und mit dickem Goldschnitt geschmückt.

Ich hatte bislang nicht gewußt, daß es heute noch solche Feinheiten gibt, und ich war beruhigt darüber, daß für die Leute, die derartiges brauchen, so gut gefordert wird.

Ich blätterte flüchtig in dem Büchlein, fand aber bald, daß es wahrhaft lohnte, sich in die Lektüre zu vertiefen.

Auf den ersten Seiten war die Familiengeschichte der Hohenzollern mit allen Zweigen und Nebenlinien in jersischen gotischen Lettern abgedruckt, woraus man mit Leichtigkeit schließen konnte, daß der Herausgeber dieses Buches mit der Zeit geht und wohl weiß, was das seine Publikum verlangt.

Dann kam ein Kalender auf das Jahr 1923 und darauf folgte eine andere große Wichtigkeit, die nannte sich: Meines Nummern, und sah so aus:

Meines Nummern für:
Togkarte,
Radfahrkarte,
Bankfach,
Scheckbuch,
Telephon,
Handbuch.

Zwar besitze ich weder eine Togkarte, noch eine Radfahrkarte, weder ein Bankfach, noch — ich muß mich wirklich schämen — ein Scheckbuch oder Telephon.
Aber ich habe Handschuhe.

er das durch ein besonderes Gesetz. Jedoch will er den Antrag zur Errichtung von Schulverbänden unterstützen. Hellmann (Soz.) kritisiert scharf die Absicht der Deutschnationalen, auf Umwegen eine verfassungswidrige konfessionelle Privatschule in das Gesetz hineinzubringen und neben den öffentlichen Körperschaften als Schulverbände noch private Gesellschaften einzufügen. Dadurch würde das Recht der Erziehungsberechtigten auf eine völlig andere Grundlage gestellt als die Reichsverfassung sie vorstellt. Rumm (Deutschnational) versucht die Anträge der Deutschnationalen als harmlose Interpretationen des Artikels 146,2 hinzustellen und will vor allen Dingen das Recht der Erziehungsberechtigten gestützt wissen. Böhmlein (Soz.) stellt richtig, daß nach der Reichsverfassung alle Schulen, auch die konfessionellen, öffentliche Schulen bleiben müssen und die Erziehungsberechtigten nur Antragsrecht in bezug auf den besonderen konfessionellen, konfessionsfreien oder Gemeinschaftscharakter der Schulen hätten. Weiß (Demokrat) und Marx (Zentrum) lehnen ebenfalls die deutschnationalen Anträge ab, letzterer unter Betonung der besonderen Sympathie, die seine Partei für die Privatschulen hätte. Doch das Zentrum will die Ausführungen des Regierungsvertreters die Schulverbände nach dem Bedarf an Gemeinschafts-, Konfessions- oder weltlichen Schulen neu gebildet werden könnten. Es würde dadurch den Landesregierungen die Möglichkeit einer Beeinflussung der Chancen für die einzelnen Schularten durch Schulverbandsabgrenzungen gegeben werden. Dieses Verfahren würde ferner im Widerspruch besonders zu der bayerischen Schulpraxis stehen. Er ersucht daher die Regierung, diese Frage nochmals nachzuprüfen.

Die Deutschnationalen beantragen zu § 6 die Erweiterung des Kreises der Erziehungsberechtigten auf alle Eltern, ohne Rücksicht darauf, ob sie Kinder in der Volksschule haben und Dr. Philipp (Deutschnall.) deutet an, daß sie als Erziehungsrechtigte auch Geistliche, Lehrer und Meister ansehen. — Kunkel (D. Sp.) will in ähnlicher Weise eine Ausdehnung auf alle Eltern.

Unsere Genossen weisen diesen Versuch, aus Parteirücksichten Eltern, die Kinder nur in den höheren Schulen haben, das Recht zu geben, über den Charakter der Volksschulen zu bestimmen, energisch zurück.

Schließlich fanden von den Anträgen unserer Genossen folgende die Mehrheit des Ausschusses:

1. Als Erziehungsrechtigte, die einen Antrag auf eine Schulart stellen können, sind außer den Eltern schulpflichtiger Kinder auch Eltern solcher Kinder anzusehen, die innerhalb von fünf Jahren volksschulpflichtig werden.
2. Die Einschränkung der Regierungsvorlage auf Eltern, soweit sie im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte und der deutschen Staatsangehörigkeit sind, zu streichen.
3. Die Streichung des Gesichtspunktes, daß für die Erziehungsrechtigten ein Pluralwahlrecht nach der Kinderzahl maßgeblich sei.

Weitere Verteidigungsreden.

Replik des Oberreichsanwalts.

Zu Beginn der heutigen Sitzung teilte Senatspräsident Dr. Hagens zunächst mit, daß der Gerichtshof beschlossen habe, die Angeklagten Schütt und Diestel, soweit sie des Verbrechens der Beihilfe zum Mord angeklagt waren, außer Verfolgung zu setzen. Seitens des Oberreichsanwalts war diese Anklage bereits vor der Hauptverhandlung fallen gelassen. Nunmehr, so erklärte der Vorsitzende, sei der Staatsgerichtshof der Meinung, daß mangels genügenden Verdachtes die Angeklagten Schütt und Diestel, soweit sie der Beihilfe angeklagt seien, außer Verfolgung zu setzen seien. Gegen Schütt und Diestel bleibt demnach nur die Anklage wegen Begünstigung der Täter bestehen.

Juzikat Dr. Jahn gab dann noch von dem Inhalt eines bei ihm eingegangenen Telegramms Kenntnis, in dem Korvettenkapitän a. D. von Zigmund-Berlin mitteilt, daß er als früherer und unmittelbarer Vorgesetzter Kerns und auf Grund genauer Kenntnis dessen Natur bestätigen könne, daß die gefirgte Aussage Lechows, daß Kern ihm mit Erschießen gedroht habe, durchaus auf Wahrheit beruhen müsse.

Dann ergriff R. A. Dr. Kistberg für die von ihm verteidigten Angeklagten Schütt und Diestel das Wort zu seinem Plädoyer. Er führte aus: In der Geschichte der politischen Prozesse wird der Rathenow-Mordprozess für alle Zeiten eine hervorragende politisch-juristische Rolle spielen, vielleicht schon deshalb, weil es der erste anononyme politische Prozess ist. Keine Partei, keine politische Gruppe will für diese im eminentesten Sinne des Wortes politische Tat verantwortlich zeichnen. Es sei völlig zweifellos, so führte der Verteidiger weiter aus, daß Schütt und Diestel über das wirkliche Ver-

haben der Täter getäuscht seien. Das Geständnis Lechows hat erschütternd auf Schütt gewirkt, und ich verhehe es, wie er gegenüber dieser Inadäquaten Mordgehilfen nur Worte des verzweifeltsten Entsetzens fand. Die Offenbarung Lechows enthüllte Schütt zugleich die furchtbare Situation, in die er schuldlos verstrickt war. Mit Recht mußte Schütt sich doch sagen, daß er, der arglos die Täter bei sich beherbergt und sie bewirkt hatte, bei jedem, dem nicht die letzten Fäden dieses Zufalles bekannt waren, in den furchtbaren Verdacht der Mitwisserschaft geraten wäre. Und zu alledem traten Schütt in diesem Augenblick die drohenden nur zu ernst gemeinten Worte Kerns vor Augen: „Verräter gehen bei uns um die Gabel“, die eine besonders tiefe Bedeutung dadurch für ihn gewinnen mußten, daß er nach den Mitteilungen Lechows in der Tat den Aufstakt zu einem schweren Bürgerkrieg sah. Schütt ist — und das ist durch die Beweisaufnahme voll erwiesen — dem das Verbrechen der Mithin fordernden jüngeren Lechow mit Ausreden ausgemichen. Die unüberlegte Befreiung der Kappen hat, wie Schütt und Diestel alsbald richtig erkannt hätten, sie äußerlich noch mehr mit der Tat in Verbindung gebracht und dadurch den Entschluß, mit dem sie rangen, die Tat selbst anzudeuten, ihnen unmöglich gemacht. Des niederdrückende Bewußtsein, daß der Schein gegen sie spräche und sie als Mitwisser erscheinen lassen müßte, habe dann auch das Verhalten Diestels bei den Nachforschungen des Kriminalkommissars Seinemayer bestimmend beeinflusst.

Hierauf ergriff Rechtsanwalt Goldrucker-Berlin für den Angeklagten Schütt das Wort. Der Verteidiger streifte noch einmal kurz alle Umstände, die der Entlassung seines Klienten dienen können. Er schilderte ihn als einen Mann, der, einer demokratischen Familie entstammend, Feindschaft gegen Juden niemals gekannt habe, und der mitten im Erwerbsleben seine gegenüber der Mehrzahl der Angeklagten, die haltlos in der Luft schwebten, oder die ihr angelegtes Studium nur als Aushängeschild benutzten. Er bot zum Schluß um die Freisprechung seines Mandanten.

Dann ergriff noch einmal Rechtsanwalt Bloch für die Angeklagten Tillesen und Ploas das Wort, für die er, wie er erklärte, nicht um Mitleid, sondern um die klare Erkenntnis ihrer Unschuld bitte. — Nach einer kurzen Pause folgt dann die

Replik des Oberreichsanwalts.

der sich zunächst mit der gefirgten Erklärung des Hauptangeklagten Ernst Werner Lechow beschäftigte. Er holte es nicht für richtig, so führte Dr. Obermeyer aus, wenn Lechow behauptet, er sei von Kern überredet worden. Denn er selbst habe in der Verhandlung zugegeben, daß die Gründe Kerns auch für ihn maßgebend gewesen seien und er habe zu Schütt ausdrücklich erklärt: „Es mußte geschehen.“ Wenn Lechow behauptet, daß Kern ihn mit Erschießen bedroht habe, so lege man diesem sogenannten Geständnis größere Bedeutung bei als es in Wirklichkeit habe, denn man dürfe nicht übersehen, daß nach der eigenen Aussage Lechows dieser nicht durch eine Drohung Kerns gezwungen worden ist, ihm das Ehrenwort zu geben, sondern daß erst, nachdem er den Handschlag geleistet hatte, Kern ihm erklärt habe: „Ich schicke Dich nieder, wenn Du Dich weigerst.“ Dieser Drohung war also der Entschluß Lechows, die Tat als eine eigene zu begehen, vorausgegangen, ebenso seine Tätigkeit während der Vorbereitung und die genaue Auswahl der Mordstelle. Mit dieser Bedeutung Lechows aber breche seine bisherige Aussage, er habe am Sonnabend, den 24. Juni, nur an eine Probefahrt geglaubt, völlig zusammen, so daß jetzt gewissermaßen ein tatsächliches Geständnis vorliegt, daß er gewußt habe, was er tun sollte. Wenn er am Sonnabend diese Tat im Zustande der Bedröhung ausgeführt habe, so könne daraus noch keine Nothandlung konstruiert werden.

(Fortsetzung in der Morgenausgabe.)

Dollar bis 2700!

Heute fand an der Berliner Börse der erste offizielle Devisenhandel unter der neuen Verordnung statt. Die Börsensucher waren sich über eine ganze Reihe wichtiger Bestimmungen der Verordnung nicht ohne weiteres klar, und es entstand über verschiedene Punkte eine lebhafteste Diskussion. Die Industrie und der Einfuhrhandel konnten heute an eine Eindeutigkeit des Devisenbedarfs noch nicht denken, da bei der Kürze der Zeit keine Möglichkeit bestand, die erforderlichen Bewilligungen der zuständigen Stellen zu beschaffen. Vorläufig findet nur ein verhältnismäßig geringes Geschäft für Rechnung der internationalen Arbitrage statt. Verschiedene Firmen zögern überhaupt, sich bei der unklaren Lage auf Abschlüsse einzulassen. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 2575 bis 2600 gehandelt. Das bedeutet gegenüber dem hohen Kurs der gefirgten Nachbörse immerhin eine beträchtliche Abschwächung.

Die stammen zwar noch vom Militär und sehen nicht sehr stattlich aus.

Sie sind aus grauschwarzer Wolle und für meine Hände ein wenig zu weit.

Aber unser Unteroffizier sagte immer: „Je weiter die Handschuhe sind, um so mehr wärmen sie.“ Und der Mann mußte es doch wissen!

Ich kenne auch ihre Nummer nicht. Allein, das läßt sich ja leicht feststellen, und dann trage ich sie, um diese Wissenschaft nicht zu verpassen, in das gefundene seine Büchlein ein, und dann gehöre ich auch zu den feinen Leuten.

Befehligt barg ich das kostbare Buch an meinem Busen. Da kam auch der Wagen der Straßenbahn, auf den ich wartete. Kurz bevor er hielt und ich einsteigen konnte, hörte ich, wie jemand in einer Wohnung nebenan „Heil dir im Siegertranz“ auf dem Klavier spielte und mit feierlicher Stimme dazu sang.

Ich habe mal etwas von der Harmonie im Weltencum gelesen. Jetzt wußte ich, daß das auf Wahrheit beruht. Denn was kann wohl harmonischer zusammenpassen, als „Heil dir im Siegertranz“ und das kleine schwarze Notizbuch.

Und ich dachte mir, wieviel Schönes wird mir dieser Tag noch bescheren, wenn mich am frühen Vormittag schon soviel Glanz und Glück umgaulert!

Ein paar Stunden später hielt mich auf dem Potsdamer Platz ein Herr für das Finanzgenie Hefferrich.

Er redete mich mit Euer Ergeiz an und hatte, während er mit mir sprach, den Hut in der Hand.

Ich aber war restlos glücklich!

„Der Nebel“ von Sternhelm. Seitdem Karl Sternhelm von Berlin verbannt ist, finden seine Uraufführungen im Darmstädter Hessischen Landestheater statt. Leider ist zu konstataren, daß Sternhelms Witz, seitdem er sich gegen Goethe wendet und Geistesverwandtschaft zwischen sich und dem großen Anatole France und Bernard Shaw vermisst behauptet, immer magerer wird. Seine Bedeutung liegt in der Komödie des bürgerlichen Hebelens („Die Kaffeetasse“, „Bürger Schippel“, „1913“) unbedingt fest, aber neuerdings gerät sie lediglich auf die „mittlere Linie“. Sternhelms Wege sind wunderbar. Im „Entseltenen Zeitgenossen“ ging er weit über die bis dahin angestammte RPD, und Herrn Franz Pfemfer hinaus, wandte sich von der Diktatur des Proletariats als totalitöspartigem Geschwätz überholter Verengtheit ab und proklamierte den überhaupt nicht mehr aus Logik, sondern nur noch aus zweifellosem Instinkt hohnbeizenden neuen Menschen. Nachdem auch dieses geschehen war, freilich er den „Nebel“. Dieses „Auffpiel“ hat bedenkliche Ähnlichkeit mit einer Metropolitheatervorstellung, nur daß seine Snobismen Kalkül und keine Sarcastischen Wiederholungen sind. Die Handlung ist irgendwie zeitgeschichtlich verknüpft, sie begleitet den deutschen Spieglbürger zu einer politischen Laufbahn, die in der legitimen Ver-

heiratung mit der Saluta gekrönt werden soll. Soweit sind wir nach dem 3. Aufzug, aber nun verläßt Sternhelm der Witz, die Handlung endet in einem banalen Eimas, zu dem — der Abschiedsbericht der Marschallin vom „Rosentavolier“ gespielt wird. Die Ausführung stand unter der bekannten feierlichen Regie von Gustav Hartung, die diesmal die Sternheimischen Beträge dadurch verhöferte, daß sie den Schluß mit der Marschallin am Klavierstisch sentimental und dramatisch nahm, ob welchen Geschneiffes das Publikum außerordentlich unzufrieden über den Sinn des Stückes blieb.

Der Schädel eines Sozialisten in der — Anatomie. Auch Schädel haben ihre Schicksale. Eine gar seltsame Geschichte hat die „Leipz. Volkszeitung“ aus der Zeit des Sozialistengebietes ausgegraben:

Richard Schumann, verheiratet, war 1886 in einen Verbereschiffenverbreitungsprozess verwickelt und mit angeklagt, er wurde aber freigesprochen. Am 27. September 1886 wurde er ausgewiesen. Bei seiner Ausreise gab ihm eine Anzahl Genossen das Geld, und dabei wurde ein rotes Tuch an einem Stock getragen. Blödsinnig stürzten vier Polizisten in Jülich über die ruhig ihres Weges dahinziehenden Begleiter Schumanns her und versuchten, sich des roten Tuches zu bemächtigen. Die Folge dieses unerwarteten Ueberfalls war eine regelrechte Keilerei und der Ausgang dieser: zwei Polizisten haben die Flucht ergriffen, während die anderen zwei verdiente Prügel einstecken mußten. Schumann wurde daraufhin in Haft genommen und wegen Aufruhrs zu vier Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. Inasgesamt wurden wegen des von Polizisten verursachten „Aufruhrs“ 10 1/2 Jahre Zuchthaus und 12 1/2 Jahre Gefängnis ausgeworfen. Die weiße Ordnungsbefehle triumphierte.

Schumann war Sozialist und damit war das Urteil im bürgerlichen Sinne gerechtfertigt. Als sich die Zuchthausdirektoren hinter Schumann schlossen, war er für alle Zeit aus dem Leben und der menschlichen Gemeinschaft ausgestrichen. Nach etwa 4 Jahren erließ ihm der Tod, nicht aber seinen Leichnam, die Frau Schumann, von dem Tode ihres Mannes benachrichtigt um Freigabe des Leichnams bat, erhielt sie die Mitteilung, daß dieser bereits der Anatomie übergeben sei.

Der Schädel Schumanns aber prangt seitdem in der Leipziger Anatomie.

Das Verbot des Hindenburg-Films. Im Kuffrage des Heimatsbundes Döbereiner hatten Kolonialbergr Firmen anlässlich des Hindenburg-Besuchs in Döbereiner einen Film hergestellt, in dem die Ereignisse der Hindenburg-Expedition dargestellt werden sollten. Außerdem sollte dieser Film eine Propaganda für Döbereiner werden. Die Filmprüfstelle hat nunmehr die Veröffentlichung des Hindenburg-Films verboten.

Das Orientalische Seminar. Vorabend 7. hält auch in diesem Wintersemester einen Kursus in der litauischen Sprache ab. Die Zulassung kann für jedermann gegen eine Gebühr von 10 M. erfolgen. Näheres im Geschäftsamt vom 14. Okt. ab von 11—1 Uhr.

Siegfried Wagner hat seinen letzten Willen vollendet, die dies Einzelheiten über Richard Wagner und den ihm nachfolgenden Kreis betreffen und demnachst im Verlag A. Engelhorn's Nachf. in Stuttgart erscheinen werden.

Die Gemüsespende.

Ein schöner Brauch beginnt sich in Berliner Kleingärtnerkreisen einzuführen. Die Anregung dazu gab der Vorliegende des Garten- und Siedlungsamtes des Bezirks 13 (Tempelhof)...

Wäre diese Sammlung von zentraler Stelle für den gesamten Verwaltungsbezirk Groß-Berlin angeordnet worden, dann hätten Millionen Mark nützbrender für eine Nothilfeaktion der Stadt Berlin angewendet werden können...

Muttermord in Treptow.

Selbstgefälligkeit des Täters.

Eine graulige Bluttat beschäftigt die Kriminalpolizei des Bezirksamtes Treptow. In der Laubentkolonie Marienthal hat ein 23 Jahre alter Arbeiter Otto Baer seine Mutter durch unglückliche Beihilfe getötet...

In der Laubentkolonie Marienthal in der Nähe der Forsthausallee am Tellowkanal bewohnt die geschiedene Frau Bertha Baer die Laube 10, zu der auch ein kleiner Garten gehört. Die primitive Behausung teilt sie mit ihrer Tochter und dem Sohn Otto...

Spätverkehr mit Neutölln.

Mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ist der Straßenbahnspätverkehr für zahlreiche Linien erweitert worden. Zur Orientierung geben wir nachstehend im Zusammenhang die neuerdings festgesetzten Abfahrtszeiten...

Devisenkurse.

Table with columns for dates (13. Oktober, 12. Oktober) and exchange rates for various currencies like Gold, Papier-Peso, Belgische Franc, etc.

Die Stadtverordnetenversammlung führte im letzten Teil der gestrigen Sitzung (über deren ersten Teil wir in der heutigen Morgenausgabe berichtet haben) die Beratung über die Umwandlung der städtischen Güterverwaltung in eine Berliner Stadtgüter-G. m. b. H. zu Ende...

Ein gefährlicher Dachstuhlbrand kam in der letzten Nacht in der Strahmannstraße 5 zum Ausbruch. Der heftige Löschzug mußte tüchtig Wasser geben und über mechanische Hebern vorgehen...

Vermißt wird seit 1. Oktober der Kriegsbeschädigte Otto Henschke aus Magdeburg. Der Vermißte befand sich am 1. Oktober, abends 10 Uhr, mit Frau und Kind auf dem Schlesischen Bahnhof in Berlin...

Unkluge Vordrucke als Einwickelpapier. Eine überraschende Entdeckung machten Beamte in der Markthalle am Bedding. Dort fiel ihnen auf, daß der Inhaber eines Verkaufstandes die verkauften Waren in ungeschmacklich sauberes und festes, bedrucktes Papier einwickelte...

Eine Siedlung für ehemalige Kriegsgefangene beabsichtigt, wie uns die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener mitteilt, die bekannte Schwedin Elsa Brandström in Deutschland zu schaffen. Diesem Zweck soll der Erlös ihres kürzlich erschienenen Buches: 'Unter deutschen Kriegsgefangenen in Rußland und Sibirien' dienen...

Eine Witzwanderung verbunden mit Pilzessen veranstaltet am 15. Oktober der Bund zur Förderung der Pilzkunde, Sekretariat: Berlin-Steglitz, Albrechtstr. 15 B. Treffpunkt Bahnhof Groß-Befen 8 Uhr vorm. (ab Sölliger Bahnhof 7 Uhr). Teilnehmer an der Witzwanderung treffen sich am 14. d. M. Bahnhof Groß-Befen 2.30 Uhr nachm. oder abends bei König-Domburg (Vorl. Radlager) Schachtel und Brot in mitzubringen...

Eisenbahnunglück bei Kassel. Vergangene Nacht stieß der Schlafwagen eines auf der Steigungstrecke bei Grebenstein. Immenhausen liegende Güterzugs, der nach Grebenstein zurückgebrängt wurde, auf einen Personenzug auf. Sechs Personen wurde verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend.

Eine Seifenfabrik eingestürzt. Die große Seifenfabrik Schrauth in Neudorf ist mit Maschinen und Einrichtung durch einen Brand größtenteils zerstört worden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere Millionen Mark.

Schiffsbrand auf hoher See. Der einer Schiffahrtsgesellschaft in Los Angeles gehörende normale deutsche Dampfer Honolulu ist auf der Höhe von Los Angeles in Brand geraten. Die 300 an Bord befindlichen Passagiere haben sich in die Rettungsboote begeben. Eine weitere Depesche aus St. Diego teilt mit, daß sich die Mannschaften und Passagiere des in Flammen stehenden Schiffes retten konnten und an Bord des Dampfers 'Entreprise' aufgenommen worden sind.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

101. 124. Treptow, Sonntag, den 14. Oktober, abends 7 Uhr, Nachbesprechung um 8 Uhr. Hauptversammlung. Beide Sitzungen finden im Sozialklub, Bauschstraße, Kottbuscher Platz, statt. Sämtliche Vorstandsmitglieder und Funktionäre der bisherigen USPD und SPD sind willkommen.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas kühler, die Nacht neblig, sonst trocken und ziemlich heiter bei schwachen veränderlichen vordringenden östlichen Winden.

Gewinn-Auszug

20. Preuß.-Südd. (246. Preuß.) Klassen-Lotterie. 1. Klasse. 5. Ziehungstag. 12. Oktober 1923. Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gezogen, und zwar je einer auf die Lots gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II.

Table with columns for prize amounts and winning numbers for the 20th Prussian-Southern (246th Prussian) Class Lottery, 5th Drawing Day, October 12, 1923.

Gewerkschaftsbewegung

Internationales Arbeitsamt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hielt gestern unter dem Vorsitz des französischen Regierungsvertreeters, Fontaine, zwei Sitzungen ab. Er trat in die Beratung über die Rechenschaftsberichte des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, ein und stellte dabei fest, daß die Zahl der amtlich mitgeteilten Ratifizierungen internationaler Abkommen auf dem Gebiete der Arbeiterorganisationen nunmehr 51 beträgt...

Ein Führer gegen den Achtstundentag.

Man schreibt uns: 'Am Neutöllner Tageblatt', dem amtlichen Organ für die städtischen Behörden in Neutölln (Nr. 31, vom 6. Oktober) findet sich folgende Notiz:

'Die Gewerkschaften haben zu der Verlängerung der Arbeitszeit Stellung genommen und wollen zur Einführung einer neuen Arbeitsstunde in den städtischen Betrieben keine Opposition machen. Damit ist die Bahn frei für die Beseitigung des schematischen Achtstundentages, der besonders in den städtischen Krankenhäusern, Heimen, Irrenanstalten, Rettungswesen, der Straßenreinigung, in Hospitälern, Altersheimen, Fahrweisen usw. oft nachteilig empfunden worden ist.'

Dieser Notiz gegenüber weisen wir darauf hin, daß die Gewerkschaften zu einer Verlängerung der Arbeitszeit sich bisher in keiner Weise bereit erklärt haben. Insbesondere ist die zuständige Gewerkschaft nicht gewillt, an dem Achtstundentag in seiner bisherigen Form etwas ändern zu lassen. Seit seiner Einführung im Jahre 1919 hat sich der Achtstundentag innerhalb der Anstalten und ähnlicher Betriebe auch nach der Erfahrung leitender Organe auf das Beste bewährt...

Die Transportarbeiter für die 9. November-Feier.

Eine allgemeine Funktionärerversammlung (Betriebsvertrauensleute, Obleute, Branchenleitungs-, Agitations- und Betriebsratsmitglieder, sowie Generalversammlungsdelegierte) des Deutschen Transportarbeiterverbandes beschäftigte sich am Donnerstag im Gewerkschaftshaus mit der Frage der Feier des 9. November. Der Referent, Genosse Dr. Mann, teilte mit, daß über diese Frage bereits in einer Ausschusssitzung der Berliner Gewerkschaftskommission verhandelt worden sei. Von einem Beschluß habe man aber vorläufig noch abgesehen, weil man erst die Organisationen selber sprechen lassen wollte. In seinen weiteren Ausführungen erklärte der Redner, daß alle Ursache gegeben sei, diesen Tag in würdiger Weise zu feiern. Eins werde es nur geben können, entweder den ganzen Tag oder gar nicht zu feiern. Es frage sich nun, wie die Kollegenschaft sich dazu stelle. Der Verband habe mit Rücksicht auf die Feiern, die teils im Handel, teils im Transport- oder Verkehrsgewerbe tätig sind, die Mitglieder aber nicht folgen, dann ist es besser, die Feier zu unterlassen.

Die anschließende Aussprache nahm den größten Teil des Abends in Anspruch. Gegen die Feier wurde von keinem Redner gesprochen. Nach einem Schlusswort Dr. Manns wurde mit allen gegen drei Stimmen ein Antrag angenommen, der 'die unbeschränkte Feier des Geburtstages der Republik' fordert.

Hierauf berichtete Klose über den 11. Verbandstag. Auf eine Diskussion über den Bericht wurde verzichtet.

Dann wurde noch ein Antrag einstimmig angenommen, der den Hauptvorstand des Verbandes beauftragt, bei den Fraktionen der Arbeiterpartei des Reichstages dahin zu wirken, daß 1. die Beträge für das steuerfreie Einkommen (§ 2 Abs. 6); 2. die Höhe für die minderjährigen Kinder (§ 17 Abs. 2) und 3. die Werbungskosten (§ 13) mindestens um das Fünffache pro Woche erhöht werden.

Schiedspruch im Bankgewerbe.

Unter Vorsitz von Ministerialrat Hausmann fanden gestern im Arbeitsministerium Tarifverhandlungen für das Bankgewerbe statt, bei dem der Reichsverband der Bankstellungen und die verschiedenen Angestelltenorganisationen vertreten waren. Nach langen Beratungen schloß die Schlichtungsausschuss in später Abendstunden folgenden Schiedspruch: 'Die Oktoberbezüge setzen sich zusammen aus einer einmaligen Zahlung an sämtliche Angestellte in Höhe von 50 Proz. des Augustgehältes. Ferner werden die Gehälter für alle Angestellte vom 1. bis 5. Berufsjahr um 12 Proz., vom 6. bis 10. Berufsjahr um 14 Proz. und von da ab um 16 Proz. gegenüber dem Septembergehalt erhöht. Diese Steigerung tritt bei allen Jugendlichen, bei Beihilgen und Bureauarbeiten nicht ein. Die Hausstandszulage bleibt unverändert. Die Kinderbeihilfen werden um 166 Mark monatlich erhöht. Die Erklärungsfrist der Parteien läuft bis zum 19. Oktober.'

Sämtliche Arbeitnehmerbeihilfer haben den Schiedspruch abgelehnt, während die Arbeitgeber ihn annehmen.

Schiedspruch für die Märkischen Elektrizitätswerke.

Eine kombinierte Versammlung der dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer angeschlossenen Arbeiter in den Märkischen Elektrizitätswerken am Donnerstag im Gewerkschaftshaus nahm Stellung zu dem vom sachlichen Schlichtungsausschuss gefällten Schiedspruch über die Oktoberlöhne. Nach dem Bericht von Reinefeld sind folgende Löhne durch den Spruch festgesetzt worden: Gruppe 1: 85 M., 2: 92 M., 3: 80 M., 4: 80 M., 5 (Kindererwerbsfähige): 66 M. und 6 (Frauen): 58 M. — Verheiratete ohne Kinder erhalten pro Stunde 2,60 M., mit einem Kind 6 M. und mit zwei Kindern 9,60 M. mehr.

Diese Löhne sollen ab 27. September bis 31. Oktober gelten. Dem Bericht folgten eine lange Diskussion, in der namentlich die meisten Abteilungen obfällig kritisiert wurden. Gulanek erklärte hierzu, daß es schon schwerer Kämpfe der Verhandlungskommission bedürft habe, die Entlohnungen so eng zu begrenzen, wie sie sich aus dem Spruch ergeben. Auch Reinefeld hob in seinem Schlusswort hervor, daß er sich stets bemüht habe, die unteren Gruppen näher an die höheren heranzubringen. Schließlich wurde der Spruch mit großer Mehrheit angenommen.

USPD-Gewerkschaftsfunktionäre Spandau! Montag, den 16. Oktober, nachm. 4 Uhr, im Casino der Deutschen Werke Funktionärversammlung. Die Delegierten zum Gewerkschaftstages sind besonders eingeladen.

Der scheidende Bergarbeiterstreik im Märkisch-Ostpreussischen Revier macht sich stark bemerkbar. Die Witwener, Stachel- und Holzwerke, in denen 1000 Arbeiter beschäftigt sind, haben infolge Kohlenmangels die Arbeit eingestellt. Aus dem gleichen Grunde hat die chemische Fabrik der Firma Himmelsauer die Arbeit eingestellt.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schill, Berlin; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin; Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin; Druck: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Eichenstr. 5.

